

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Sozialausschusses

| | |
|------------------------|---|
| Sitzungstermin: | Dienstag, 14.10.2025 |
| Sitzungsbeginn: | 19:00 Uhr |
| Sitzungsende: | 21:14 Uhr |
| Ort, Raum: | Sitzungsraum Vejen des Rathauses, Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel |

Anwesend

Vorsitz

Heidi Keck SPD

Mitglieder

Peter Ammer WSI

Karin Blasius Bündnis 90 / Die Grünen

Aysen Ciker Bündnis 90 / Die Grünen

Julian Fresch CDU Vertretung für: Hendrik Thomascheski

Dirk Klindtwort CDU

Matthias Schwarz FDP

Claudia Wittburg SPD Vertretung für: Laurin Schwarz

Friederike von Nobbe Bündnis 90 / Die Grünen

Jugendbeirat

Finn Justus Bödding Jugendbeirat Vertretung für: Jasmin Sophie Schult

Seniorenbeirat

Gisela Van Dühren Seniorenbeirat

Verwaltung

Marcel Bauermeister Verwaltung

Klaas Kasper Verwaltung

Jens Saake Verwaltung

Abwesend

Mitglieder

Laurin Schwarz SPD entschuldigt

Hendrik Thomascheski CDU entschuldigt

Bernhard Weidenbach CDU entschuldigt

Jugendbeirat

Jasmin Sophie Schult Jugendbeirat entschuldigt

Gäste: Frau Holm, Herr Palm (AWO-Ortsverein Wedel e.V.), Frau Heyer (Ratsfrau)

1 Einwohner*innen

0 Vertreter*innen der örtlichen Presse

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen
- 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen
- 2 Anhörung der Beiräte
- 3 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 09.09.2025
- 4 Seniorenbüro Jahresbericht 2024-2025 MV/2025/095
- 5 AWO Ortsverein Wedel e.V. - Sozialberatung Jahresbericht 2024 MV/2025/094
- 6 Rechenschaftsbericht Seniorenbeirat MV/2025/098
- 7 Verlängerung Bindungsfrist Sozialwohnungen MV/2025/099
- 8 Jahresplanung 2026
- 9 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 9.1 Bericht der Verwaltung
- 9.1.1 Haushaltskonsolidierung
- 9.2 Öffentliche Anfragen

nichtöffentlicher Teil

- 10 Nichtöffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 09.09.2025
- 11 Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 11.1 Bericht der Verwaltung
- 11.2 Nichtöffentliche Anfragen

Öffentlicher Teil

- 12 Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen nicht beantworteten Fragen vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Es werden keine Fragen gestellt.

2 Anhörung der Beiräte

Der Jugendbeirat gibt einen Hinweis auf die bevorstehenden Wahlen für den neuen Jugendbeirat, welche im November dieses Jahres stattfinden.

Der Seniorenbeirat hat nichts zu berichten.

3 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 09.09.2025

Anmerkungen zum Protokoll liegen nicht vor.

Der öffentliche Teil des Protokolls wird zur Kenntnis genommen.

4 Seniorenbüro Jahresbericht 2024-2025

MV/2025/095

Herr Bürgermeister stellt die Mitteilungsvorlage vor.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, seit wann die Kommunen für die Beratung und Annahme von Rentenanträgen zuständig sind. Die FDP-Fraktion ergänzt, dass diese Aufgabe seit 1992 in verschiedenen Formen eine kommunale Aufgabe darstellt. Herr Bürgermeister weist darauf hin, dass diese Aufgabe bis heute nicht von allen Kommunen wahrgenommen wird.

Weiter fragt die Fraktion nach dem aktuellen Stand der Integreat-App. Herr Bürgermeister erklärt, dass der Kreis Pinneberg den Schwerpunkt bislang auf die eigenen Institutionen gelegt hat. Für die Stadt Wedel sei der Auftritt der App derzeit noch nicht ausreichend, um sie in der Bevölkerung bekannt zu machen. Hier müsse noch mit dem Kreis Pinneberg geklärt werden, dass die Stadt Wedel einen eigenen administrativen Zugang zur App erhält, um diese eigenständig pflegen zu können.

Herr Bürgermeister informiert zudem, dass derzeit eine neue Richtlinie zur Stärkung des

Ehrenamts erarbeitet wird. Diese sieht vor, dass die Kommune als Antragsteller fungiert und die Fördermittel an die jeweiligen Vereine weiterleitet. Daher wurden die Vereine bereits von ihm im Rahmen einer Bedarfsanalyse angeschrieben. Sobald die Richtlinie verabschiedet und der Bedarf ermittelt ist, sollen entsprechende Fördermittel beantragt werden.

Die SPD-Fraktion bittet um eine Einschätzung, wie die fortschreitende Digitalisierung in den Behörden für ältere Menschen zunehmend zu einem Problem wird. Herr Bauermeister bestätigt, dass sich hier ein wachsendes Problem abzeichne. Schulungen werden unter anderem durch die Lückenfüller und die AWO angeboten. Dennoch wird dies die zukünftigen Herausforderungen für ältere Menschen nicht vollständig lösen. Der Seniorenbeirat berichtet, dass dieses Thema auch im Kreissenorenbeirat im Fokus steht und ein analoges Angebot unverzichtbar bleibt.

Außerdem möchte die SPD-Fraktion wissen, inwieweit im Rahmen des neuen Klinikkonzepts Pinneberg bereits Vorschläge seitens des Seniorenbüros oder älterer Menschen eingereicht wurden. Herr Bauermeister nimmt die Thematik auf und wird gegebenenfalls entsprechende Vorschläge einbringen.

Fraktionsübergreifend wird sich für die Arbeit von Herrn Bauermeister bedankt.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

| | | |
|----------|--|--------------------|
| 5 | AWO Ortsverein Wedel e.V. - Sozialberatung Jahresbericht 2024 | MV/2025/094 |
|----------|--|--------------------|

Frau Holm stellt die Mitteilungsvorlage vor.

Die Grünen-Fraktion erkundigt sich zu Frau Holms Idee, eine juristische Rechtsberatung zu implementieren. Frau Holm betont die Notwendigkeit einer anwaltlichen Beratung in bestimmten Fällen, sieht die Hürden dafür jedoch als sehr hoch an und bezeichnet dies eher als ihren persönlichen Wunsch.

Weiter möchte die Fraktion wissen, wie viele Fälle aktuell möglicherweise eine gesetzliche Betreuung benötigen. Frau Holm schätzt, dass in etwa 4 bis 5 Fällen die Einrichtung einer gesetzlichen Betreuung sinnvoll wäre.

Die SPD-Fraktion bittet um eine ungefähre Angabe zur Zahl der abgewendeten Räumungsklagen. Frau Holm erklärt, dass diese Fälle sehr langwierig und schwer vergleichbar sind, da sie von der Höhe der Mietschulden, den jeweiligen Fristen und den Vermietern abhängen. Zudem seien manche Kund*innen nicht mehr erreichbar, sodass das Ergebnis manchmal unbekannt bleibe. Die SPD-Fraktion wünscht sich für den nächsten Bericht konkrete Zahlen zur besseren Vergleichbarkeit.

Die Fraktion bittet außerdem um Informationen, in welchen Fällen an andere Stellen, wie die Migrationsberatung oder das Seniorenbüro, verwiesen wird. Frau Holm teilt mit, dass bei Fragen zur Herkunft oder zum Aufenthaltstitel an die Migrationsberatung verwiesen



wird, während bei Anliegen rund um Pflege oder Rente das Seniorenbüro zuständig ist. Zwischen den Stellen herrscht ein enger Austausch.

Die CDU-Fraktion fragt, ob die Fälle der ehemaligen Freiwilligen Finanzberatung mittlerweile in der Sozialberatungsstelle bearbeitet werden. Frau Holm berichtet, dass einige Fälle weiterhin bei ihr sind und betreut werden.

Zudem möchte die CDU-Fraktion wissen, ob das Insolvenzverfahren Auswirkungen auf die Arbeit der Sozialberatungsstelle hat. Frau Holm sieht bisher keine Auswirkungen. Herr Palm ergänzt, dass Anfang des Jahres mit der Verwaltung vereinbart wurde, unbesetzte Stellen zunächst nicht neu zu besetzen, um Kosten für die Stadt zu minimieren. Mit dem derzeitigen Personal könne die Sozialberatungsstelle die anfallende Arbeit bewältigen.

Herr Kasper ergänzt, dass durch Einsparungen bei der Sozialberatungsstelle das Haushaltskonsolidierungsziel der Villa erreicht werden konnte. Die Einsparungen belaufen sich auf etwa 70.000 €.

Fraktionsübergreifend wurde sich für die Arbeit bedankt.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

6 Rechenschaftsbericht Seniorenbeirat

MV/2025/098

Frau Van Dühren stellt den Rechenschaftsbericht vor.

Die Grünen-Fraktion fragt, ob der Inhalt des Schreibens zu den 80. Geburtstagen mitgeteilt werden könnte und ob dort auch ein Flyer enthalten ist. Der Seniorenbeirat bestätigt, dass auch der eigene Flyer mitgeschickt wird und geht nicht davon aus, dass der Inhalt des Schreibens geheim wäre.

Die CDU-Fraktion erkundigt sich, wie die Finanzierung solcher Geburtstagsschreiben nach dem Verbrauch der Spendensumme weiter geplant ist. Frau Van Dühren erklärt, dass hierzu noch Überlegungen laufen. Das Thema Spenden bereitet dem Seniorenbeirat Unsicherheiten, weshalb die Verwaltung nochmals prüfen wird, ob Spenden vom Seniorenbeirat angenommen werden dürfen.

Weiter fragt die Grünen-Fraktion, inwieweit die Studie der Fachhochschule Wedel Einfluss auf die Arbeit des Seniorenbeirats genommen hat. Frau Van Dühren berichtet, dass die Studie im Seniorenbeirat analysiert wurde und geprüft wird, welche Punkte umgesetzt werden können. Ein Thema ist beispielsweise eine bildliche Darstellung von Vereinen und ähnlichen Einrichtungen sowie deren Standorte.

Die FDP-Fraktion weist darauf hin, dass im Zuge des Ukraine-Krieges bereits eine vergleichbare Karte entwickelt wurde, die gerne zur Verfügung gestellt wird.

Ein weiteres Thema ist der Newsletter des Seniorenbeirats, der unter folgendem Link abrufbar ist:

<https://www.wedel.de/leben-in-wedel/senioren/der-seniorenbeirat-informiert>

Die SPD-Fraktion weist darauf hin, dass im Zusammenhang mit dem Hitzeschutzplan und den Anträgen des Seniorenbeirats zum Hitzeschutz auf der Internetseite des Kreises Pinneberg genauere Informationen verfügbar sind, die bei der Antragstellung helfen können.

Zudem erkundigt sich die SPD-Fraktion nach dem aktuellen Stand des Austauschs mit Frau Dietrich, der Beauftragten für behinderte Personen. Frau Van Dühren berichtet, dass der Austausch nach der letzten Sitzung des Sozialausschusses begonnen hat und weiter intensiviert wird.

Fraktionsübergreifend wird sich für die Arbeit des Seniorenbeirates bedankt.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

| | | |
|----------|---|--------------------|
| 7 | Verlängerung Bindungsfrist Sozialwohnungen | MV/2025/099 |
|----------|---|--------------------|

Die Thematik wurde vom Planungsausschuss an den Sozialausschuss verwiesen.

Die Bindungsfristen der Sozialwohnungen werden fraktionsübergreifend schon als Thema für den Sozialausschuss und den FD Soziales gesehen. Allerdings wird die Kommunikation mit den Investoren über energetische Sanierungen, Nachverdichtungen oder andere baulichen Themen eher bei der Stadtplanung gesehen, weil dort die fachlichen Kompetenzen liegen.

Fraktionsübergreifend wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, wie man proaktiv auf Investoren zugehen kann, deren Bindungsfristen für Sozialwohnungen in den nächsten fünf Jahren auslaufen. Ziel ist es, Gespräche zu führen und eine Verlängerung der Bindungsfristen zu verhandeln.

Im Februar 2026 soll im Sozialausschuss das Thema „Wohnen“ behandelt werden, wobei die Ergebnisse der Anfragen bei den Investoren vorgestellt werden sollen.

Die CDU-Fraktion betont zudem, dass der Neubau von Sozialwohnungen ebenfalls von großer Bedeutung ist und nicht aus dem Blick verloren werden darf.

Fraktionsübergreifend wird es als sinnvoll erachtet, eine gemeinsame Sitzung des Planungs- und Sozialausschusses abzuhalten, um diese Thematik umfassend zu besprechen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

| | |
|----------|---------------------------|
| 8 | Jahresplanung 2026 |
|----------|---------------------------|

Der Entwurf der Jahresplanung wurde so zugestimmt und ist Teil des Protokolls und wird als Finale Version als Anlage zur Sitzung hinzugefügt.

9 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

9.1 Bericht der Verwaltung

Die Verwaltung hat nichts zu berichten.

9.1.1 Haushaltskonsolidierung

Herr Kasper berichtet, dass die Wirtschaftlichkeitsprüfung zum Thema Stadtteilzentrum abgeschlossen ist. Im November wird hierzu eine Beschlussvorlage vom Fachbereich 2 für den Sozialausschuss vorgelegt.

Die Grünen-Fraktion erkundigt sich, ob die Vertragsverhandlungen mit dem AWO-Ortsverein Wedel e.V. für den AWO-Treff weitergeführt werden. Herr Kasper erklärt, dass er diesbezüglich mit der Verwaltungsleitung Rücksprache halten wird und ein Vertragsentwurf erstellt werden kann. Allerdings müsse zunächst das Insolvenzverfahren ab-gewartet werden.

Beschluss:

9.2 Öffentliche Anfragen

Die Grünen-Fraktion erkundigt sich, ob es neue Informationen zu den geplanten Unterkünften in der Rissener Straße 94 und Steinberg 8a gibt. Die Verwaltung teilt mit, dass nach aktuellem Stand die beiden Objekte voraussichtlich im November oder Dezember übernommen werden können.

Die städtische Unterkunft in der Schulauer Straße 65 soll noch in diesem Jahr abgerissen werden.

Anschließend bedankt sich die Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

Öffentlicher Teil

12 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Die Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her. Es wurden keine Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst.

Anschließend bedankt sich die Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Vorsitz:

Heidi Keck

Protokollführung:

Jens Saake

